

N I E D E R S C H R I F T

zur 24. Sitzung der Gemeindevertretung der Wahlzeit 2011-2016

am Donnerstag, den 20.03.2014.

Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr Sitzungsende: 22:45 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion

Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender), Dr. Christian Dittrich, Matthias Happel, Manfred Möller, Rainer Pfeffer, Hilmar Stahl

SPD-Fraktion

Kurt Barth (Vorsitzender), Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender), Rolf Hintermeier, Andreas Kaletsch, Siegfried Koch, Karl-Heinz Kraft, Helmut Paulsen, Jürgen Rabenau

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende), Reinhard Ahrens, Frank Nowak

FDP-Fraktion

Christian Fischer (Fraktionsvorsitzender)

Fraktion Freie Bürgerliste Weimar

Hans Jakob Heuser, Martina Klein, Winfried Laucht, Erika Zeman

Entschuldigt:

Von der CDU-Fraktion
Konrad Ammenhäuser

Anwesende des Gemeindevorstandes:

Bürgermeister Peter Eidam, die Beigeordneten Elisabeth Wege, Frank Dieffenbach und Andreas Tauche, Reinhard Karber

Entschuldigt fehlen:

Thomas Nuhn (1. Beigeordneter), Alexander Steiß, Helmut Wenz, Reiner Sauer, Helge Fuhr

Schriftführerin: Rita Rohrbach

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Bericht aus dem Gemeindevorstand;
Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 3. Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 12.1 "An der Bundesstrasse"**

41/7/2014/11-16

4. **Nutzung des Wohnhauses am Kindergarten Niederwalgern;
hier: Sachstand zur Planung und den zu erwartenden Kosten**
40/1/2014/11-16
5. **Bürgerhaus Wenkbach;
hier: Sachstand zu geplanten Umbaumaßnahmen und deren Kosten**
40/2/2014/11-16
6. **Haushaltssatzung 2014 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm)
und Haushaltssicherungskonzept**
20/36/2012/11-16
7. **Friedhofsordnung;
hier: I. Nachtrag zur Friedhofsordnung vom 07.12.2009**
11/7/2014/11-16
8. **Gebührenordnung zur Friedhofsordnung;
hier: II. Nachtrag zur Gebührenordnung zur Friedhofsordnung**
11/8/2014/11-16
9. **Antrag der SPD-Fraktion vom 05.03.2014 bezüglich einer fortlaufend zu
führenden Sachstandsdarstellung zum Bearbeitungsstand der Beschlüsse
des Gemeindeparlamentes der Gemeinde Weimar (Lahn)**
11/12/2014/11-16
10. **Anfragen**
11. **Verschiedenes**

Inhalt der Verhandlungen:

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, eröffnete um 20.00 Uhr die Sitzung, begrüßte die anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung, des Gemeindevorstandes, Herrn Bürgermeister Eidam, die Schriftführerin sowie den Vertreter der Presse, Herrn Schaub.
Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt und veröffentlicht wurde. Von 23 Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern seien 22 anwesend, so dass das Gremium beschlussfähig sei.
Er gratulierte folgenden Mandatsträgern nachträglich zum Geburtstag: Frank Novak, Siegfried Koch und Rolf Hintermeier.
2. **Bericht aus dem Gemeindevorstand;
Mitteilungen des Bürgermeisters**
 1. **Bericht aus dem Gemeindevorstand:**

GVO-Sitzung vom 30.01.2014:

 - a) Beschluss, die Wahlbezirke 06 und 061 im OT Niederweimar wie folgt zu ändern:
1. Wahlbezirk 06, Niederweimar I:
Östlich der Herborner Straße (einschl. der Herborner Straße) sowie Hainäcker, Berliner Straße und Breslauer Straße, Rosenstraße, Zur Kirche, Baumgarten und Haddamshäuser Weg.

2. Wahlbezirk 061, Niederweimar II:

OT Niederweimar westlich der Herborner Straße (ausschließlich der Herborner Straße, Hainäcker, Berliner Straße und Breslauer Straße, Rosenstraße, Zur Kirche und Haddamshäuser Weg)

- b) Beschluss, vorbehaltlich der Bewilligung der Fördermittel in Höhe von 70 % der förderfähigen Nettokosten, die notwendige Kostenübernahme für die Umgestaltung des Vorplatzes von Kirche und Spritzenhaus sowie die Übernahme evtl. Folgekosten zu tragen (DE Allna).

GVO-Sitzung vom 13.02.2014:

- a) Beschluss, der Gemeindevertretung zu empfehlen, den I. Nachtrag zur Friedhofsordnung der Gemeinde Weimar (Lahn) in der von der Verwaltung vorgelegten Form zu beschließen.
- b) Beschluss, der Gemeindevertretung zu empfehlen, den II. Nachtrag zur Gebührenordnung zur Friedhofsordnung der Gemeinde Weimar (Lahn) in der von der Verwaltung vorgelegten Form zu beschließen.
- c) Beschluss, einer Befreiung zur geplanten Herstellung einer Garagenzufahrt und der Errichtung eines Kniestockes zuzustimmen. Die Pflege des angrenzenden öffentlichen Grünstreifens übernimmt der Antragsteller und verpflichtet sich, im Zuge einer Grunddienstbarkeit auf die Nutzung bzw. Freihaltung der angrenzenden Parkfläche im Bereich der Garagenzufahrt zu verzichten.

GVO-Sitzung vom 27.02.2014:

- a) Beschluss, der Gemeindevertretung folgende Beschlussfassung zu empfehlen: Die Gemeindevertretung beschließt gemäß § 3 Abs. 1 BauGB auf dem Grundstück Flur 9, Flurstück 5/1, Gemarkung Wolfshausen, die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 12.1 „An der Bundesstraße“. Die Kosten trägt der Antragsteller.
- b) Beschluss, den Abwasserverband Marburg mit der Reparatur des Pumpwerkes (Argenstein, Ecke Wallweg) zu beauftragen.
- c) Beschluß, den Auftrag für den Abbruch und Entsorgung der Friedhofsmauer in Allna zu erteilen.
- d) Beschluss, der Überschreitung der Firsthöhen (Bauvoranfrage Misch- und Gewerbegebiet Wenkbach) zuzustimmen.

2. Weitere Mitteilungen:

- a) Die Poststelle in Niederweimar wird ab 01.04.2014 aufgrund mangelndem Kundeninteresse wieder zu den vorherigen Öffnungszeiten bis 17.30 Uhr zurückkehren
- b) Am 30. März 2014 findet die Gewerbeschau „Frühlingserwachen“ im und am Bürgerhaus statt. Alle Mandatsträgerinnen und Mandatsträger seien hierzu herzlich eingeladen.

3. Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 12.1 "An der Bundesstrasse"

Drucksache: 41/7/2014/11-16

Der Vorsitzende des Ausschusses für Bau-, Planung, Energie und Umweltschutz, Herr Heuser, berichtete von den Beratungen und dass es im Ausschuss keine kontroversen Diskussionen gegeben habe.
Der Ausschuss empfehle der Gemeindevertretung die aus der Vorlage ersichtliche Beschlussfassung.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt gemäß § 3 Abs. 1 BauGB, auf dem Grundstück Flur 9, Flurstück 5/1, Gemarkung Wolfshausen, die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 12.1 „An der Bundesstraße“. Die Kosten trägt der Antragsteller.

Beratungsergebnis: Einstimmig

**4. Nutzung des Wohnhauses am Kindergarten Niederwalgern;
hier: Sachstand zur Planung und den zu erwartenden Kosten**
Drucksache: 40/1/2014/11-16

Der Vorsitzende des Ausschusses für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz, Herr Heuser, berichtete auch hier von den Beratungen und erklärte, dass der Ausschuss die für das ehemalige Wohnhaus notwendige grundhafte Sanierung in Höhe von 40.000,-- € als angemessen erachte. Das Haus solle für das Mittagstischangebot des Kindergartens Niederwalgern genutzt werden und müsse baulich entsprechend vorbereitet werden. Der Ausschuss unterstütze in jedem Fall die vorgesehenen Maßnahmen.

Auf die Anfrage von Herrn Ahrens (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), ob das Wohnhaus auch noch anderweitig genutzt werde, erklärte Herr Heuser, dass es sich hier um ein kleines Wohnhaus mit Flachdach und ca. 80 m² Wohnfläche handle. Eine zusätzliche Nutzung sei daher ausgeschlossen.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**5. Bürgerhaus Wenkbach;
hier: Sachstand zu geplanten Umbaumaßnahmen und deren Kosten**
Drucksache: 40/2/2014/11-16

Auch hier berichtete der Vorsitzende des Ausschusses für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz, Herr Heuser.

Er stellte heraus, dass er die beabsichtigten Investitionen am Bürgerhaus Wenkbach (7.000,-- € für Toiletten, 6.000,-- € für Fenster und 5.000,-- € für ein Gasbrennwertgerät) als „Notmaßnahmen“ ansehe, da nur unter Einsatz dieser Minimalmaßnahmen eine weitere Nutzung des Bürgerhauses gewährleistet sei.

Frau Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) erkundigte sich in diesem Zusammenhang nach dem Stand der Konzeption zu dem Thema der künftigen Nutzung der Bürgerhäuser, da sie die Sinnhaftigkeit der Investitionen zu dem jetzigen Zeitpunkt anzweifle.

Bürgermeister Eidam erklärte, dass der beauftragte Sachverständige im Augenblick dabei sei, die notwendigen Daten zu erheben. Er rechne damit, dass evtl. im April bereits erste Vorinformationen gegeben werden können.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

6. Haushaltssatzung 2014 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm) und Haushaltssicherungskonzept

Drucksache: 20/36/2012/11-16

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Möller, berichtete, dass die in der Zeit von der ausgefallenen Ausschusssitzung bis zu der aktuell am 12.03.2014 stattgefundenen Sitzung aufgetretenen Fragen gestellt und von der Verwaltung beantwortet worden seien.

Bürgermeister Eidam habe darauf hingewiesen, dass aktuelle Änderungen/Ergänzungen schriftlich an die Gemeindevertreter versandt worden seien und sich für die Beratungen/Vorgespräche zum Haushaltsentwurf mit den Fraktionsvorsitzenden vor der heutigen Gemeindevertretersitzung im Vorfeld bedankt.

Herr Rabenau habe in der Ausschusssitzung auf die fehlende Vorlage zur Aufstellung der Haushaltsreste hingewiesen, worauf Bürgermeister Eidam erklärte, dass nach Rücksprache mit der Revision aufgrund rechtlicher Vorgaben keine Einnahmereste mehr bildbar seien, laut gesetzlichen Vorgaben jedoch nach wie vor Ausgabereste gebildet werden könnten. Eine endgültige Aufstellung der Haushaltsreste sei insoweit noch abzustimmen.

Herr Wenz (Fraktionsvorsitzender SPD) habe im Ausschuss erklärt, dass laut Vorbericht zum Haushalt für den Hochwasserschutz 28.500,-- € zur Verfügung stünden, worauf Bürgermeister Eidam einen hierfür gebildeten Haushaltsrest aus 2013 bestätigte. Eine vorläufige Aufstellung der zu bildenden Haushaltsausgabereste von 2013 nach 2014 solle bis zur Sitzung der Gemeindevertretung vorliegen. (Die Aufstellung der Haushaltsreste 2013/2014 wurde den Fraktionsvorsitzenden am 17.03.2014 übergeben.)

Herr Laucht (FBW) habe den Haushaltsansatz für Maschinen und Geräte des Bauhofes angesprochen und auf interkommunale Zusammenarbeit für einen zentralen Standort für anzuschaffende Maschinen und Personal plädiert. Bürgermeister Eidam habe hierauf erklärt, dass die Verwendung eines mittelgroßen Mobilbaggers für eine interkommunale Zusammenarbeit nicht geeignet sei, da jede beteiligte Kommune ein solches Arbeitsgerät benötige. Die Anschaffungskosten für ein Neugerät betrügen ca. 120.000,-- €, für einen Gebrauchten zahle man ca. 50.000,-- bis 60.000,-- €.

Herr Rabenau (SPD) habe ausgeführt, dass er bei einer solchen Anschaffung eine Wirtschaftlichkeitsberechnung erwarte mit Alternativen zur Anschaffung, wie z.B. Anmietung oder Fremdvergabe.

Herr Laucht (FBW) habe im Ausschuss Bezug auf die Ansätze zur Zeiteinsel genommen und dass für die Beteiligung an dem planmäßigen Defizit eine jährliche Erhöhung der Grundsteuer notwendig werde, worauf Herr Heuser ergänzend ausgeführt habe, dass seine Fraktion mit dieser Situation Probleme habe, da sie die Bürger stark belaste.

Herr Heuser habe weiter gefragt, ob die Ansätze im Haushalt aufgrund der bestehenden Fragen bzw. Unklarheiten bestehen bleiben sollen.

Bürgermeister Eidam habe darauf geantwortet, dass diese Fragestellung am 13.03.2014 mit der Kommunalaufsicht zur Klärung vorgesehen sei, so dass das Ergebnis in der Sitzung der Gemeindevertretung mitgeteilt werden könne.

Herr Wenz (Fraktionsvorsitzender SPD) habe sich nach dem Umfang der Sanierung bzw. des Umbaus des ehemaligen Wohnhauses in der Schulstraße

12 für die Nutzung durch den Kindergarten Niederwalgern erkundigt. Bürgermeister Eidam habe erläutert, dass dieses Thema in der Sitzung des Bauausschusses vorgestellt und die Aufstellung zu Kostenschätzungen vorgelegt wurde.

Herr Heuser habe zum geplanten Neubau für die U3-Einrichtung in Niederweimar mitgeteilt, dass sich die Kosten der Maßnahme aufgrund der ersten Angebote vermutlich erhöhen werden, worauf der Bürgermeister geantwortet habe, dass die aktuell vorliegenden Angebote für den Neubau ca. 400.000,-- € betrage. Auf die Frage von Herrn Wenz, in welchem Verhältnis der Ansatz für die Ortsdurchfahrten Ober- und Niederweimar stehe, habe Bürgermeister Eidam mitgeteilt, dass grundsätzlich eine hälftige Aufteilung geplant sei.

Herr Laucht (FBW) habe in der Sitzung auf die Aufstellung der Straßenschäden Bezug genommen und beispielhaft zu den Schäden in Allna nach der Möglichkeit gefragt, die Anlieger zu beteiligen, worauf Herr Eidam erklärt habe, dass für eine Kostenbeteiligung der Anlieger eine grundhafte Straßensanierung Voraussetzung sein müsse.

Zu dem Ansatz des Bürgerhauses Wenkbach habe Herr Laucht weiter ausgeführt, dass die Investitionen für das Bürgerhaus Allna im Zuge der Dorferneuerung zurückgestellt wurden, bis ein Maßnahmenkonzept für alle Bürgerhäuser der Gemeinde vorlägen, denn die Heizungsanlage im Bürgerhaus Allna sei ebenso alt wie in Wenkbach. Hierzu habe Bürgermeister Eidam ausgeführt, dass die Heizungsanlage im DGH Wenkbach bereits einige Male ausgefallen sei und daher eine Erneuerung unabdingbar sei.

Herr Heuser habe in der Ausschusssitzung erklärt, dass er in dem vorliegenden Entwurf den Zeitgeist vermisse und habe noch einmal die interkommunale Zusammenarbeit als zwingend notwendig erachtet.

Herr Laucht (FBW) habe im Ausschuss den Vorschlag unterbreitet, auf eine Erhöhung der Grundsteuer A zu verzichten, da die Landwirte bei der Einführung der getrennten Abwassergebühr bereits benachteiligt worden seien.

Der Vorsitzende des Ausschusses erklärte, dass eine Beschlussempfehlung von Seiten des Ausschusses an die Gemeindevertretung nicht gegeben werde.

Herr Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender SPD) erklärte, dass die Fraktionen von SPD und CDU einen gemeinsamen Antrag zur Realisierung des Projektes Zeiteninsel einbringen wollen.

Herr Wenz stellte den Antrag der beiden Fraktionen vor:

Die Gemeindevertretung möge beschließen:

1. Die Gemeindevertretung Weimar (Lahn) bekräftigt ihren Beschluss vom 23.05.2013, gemeinsam mit ihren Partnern, dem Landkreis Marburg-Biedenkopf und der Universitätsstadt Marburg, den vom Land Hessen geforderten Beitrag an der Gesamtinvestition des Projektes Zeiteninsel zu erbringen.
2. Unmittelbar nach Eingang des in Aussicht gestellten Bewilligungsbescheides sind Haushaltsmittel bereitzustellen, die durch einen zeitnah zu erfolgenden Nachtrag zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan für das Jahr 2014 abzubilden sind.
3. Der Gemeindevorstand wird beauftragt, unverzüglich mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf und der Universitätsstadt Marburg Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, einen Vertrag auszuarbeiten, der den jeweils zu

leistenden Anteil an den Investitionen und den künftig anfallenden Betriebskosten der drei Partner festschreibt.

Zur Begründung führte er aus, dass bei den Haushaltsberatungen zum Haushaltsentwurf für das Jahr 2014 deutlich wurde, dass der gewählte Ansatz von 500.000,-- € bei gleichzeitiger Einnahmeerwartung von 450.000,-- € aus Geldern des Bewilligungsbescheides zum aktuellen Zeitpunkt nicht realistisch erscheine und daher aus dem Entwurf zum Haushalt herauszunehmen war. Mit der beantragten Beschlussfassung komme die Gemeindevertretung ihrer Verpflichtung nach, mit den Finanzmitteln der Gemeinde angesichts des anhaltenden Haushaltsdefizites verantwortungsvoll umzugehen und gleichzeitig für Haushaltsklarheit zu sorgen.

Darüber hinaus solle die Verantwortung der Gemeindevertretung hinsichtlich der Realisierung der Zeiteninsel deutlich gemacht werden, zu der sie sich mit ihren bisherigen Beschlussfassungen erklärt habe.

Herr Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender FBW) erklärte ergänzend, dass es nach seinen Recherchen keine derartige Anlage gebe, die einen höheren Deckungsgrad als 40 % aufweise, was zur Folge habe, dass überall Museen geschlossen würden. Den nicht definierten Ausgaben stünde eine Erhöhung der Grundsteuer gegenüber; das sei für seine Fraktion nicht mitzutragen und Herr Laucht von der FWG-Fraktion fragte sich, wie verlässlich die beiden anderen Partner seien.

Frau Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) führte aus, dass ihre Fraktion gegen den Antrag stimmen werde, da sie meine, dass man in Richtung Landesregierung Wiesbaden mit den Zahlen im kommunalen Haushalt ein Zeichen setzen müsse. Sie führte weiter aus, dass der Projektleiter, Dr. Tiedmann, deutlich gemacht habe, dass er mit dieser Vorgehensweise nicht einverstanden sei, da er aufgrund seiner Kontakte zur Landesregierung nach Wiesbaden evtl. berechnete Zweifel an der Realisierbarkeit des Projektes habe. Herr Fischer (FBW) fragte sich, wie man den Bürgern die Durchführung eines solchen Projektes erklären wolle, wenn es deren Taschen finanziell belaste.

Herr Kisslinger (Fraktionsvorsitzender CDU) wies darauf hin, dass sich das Land Hessen mit 90 % an den Investitionen beteiligen wolle und dass es drei Partner gebe, nämlich die Stadt Marburg, das Land Hessen und die Gemeinde. Die Kostenbeteiligung müsse jedoch noch verhandelt werden. Aus diesem Grunde wolle man den zunächst in dem Haushalt 2014 vorgesehenen Betrag herausnehmen.

Herr Wenz (Fraktionsvorsitzender SPD) ergänzte, dass die Bedenken der Fraktionen zunächst geklärt werden sollten; dann solle über weitere Schritte entschieden werden.

Bürgermeister Eidam führte aus, dass aufgrund dieser Bedenken der Antrag formuliert wurde und Einigkeit darüber bestand, ihn in dieser Sitzung einzubringen. Die Gemeinde habe deutlich gemacht, um was es hier gehe. Sobald Klarheit zwischen den Beteiligten geschaffen werden konnte, könne man im Haushaltsnachtrag entsprechende finanzielle Mittel einstellen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Barth, ließ sodann über den vorliegenden Antrag abstimmen.

Beschluss:

1. Die Gemeindevertretung Weimar (Lahn) bekräftigt ihren Beschluss vom 23.05.2013, gemeinsam mit ihren Partnern, dem Landkreis Marburg-

Biedenkopf und der Universitätsstadt Marburg, den vom Land Hessen geforderten Beitrag an der Gesamtinvestition des Projektes Zeiteninsel zu erbringen.

2. Unmittelbar nach Eingang des in Aussicht gestellten Bewilligungsbescheides sind Haushaltsmittel bereitzustellen, die durch einen zeitnah zu erfolgenden Nachtrag zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan für das Jahr 2014 abzubilden sind.
3. Der Gemeindevorstand wird beauftragt, unverzüglich mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf und der Universitätsstadt Marburg Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, einen Vertrag auszuarbeiten, der den jeweils zu leistenden Anteil an den Investitionen und den künftig anfallenden Betriebskosten der drei Partner festschreibt.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Zu dem vorliegenden Haushaltsentwurf wurden von den Fraktionen folgende Stellungnahmen abgegeben:

Herr Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender FBW) dankte zunächst allen, die an der Erstellung des Haushaltsentwurfes beteiligt waren.

Es stelle sich für ihn die Frage, so Herr Heuser, was leistet sich die Gemeinde Weimar (Lahn)? Die Gemeinde verfüge über ein großes Kanalnetz, das in überwiegend gutem Zustand sei. Das habe zur Folge, dass die Kanalbenutzungsgebühren im Verhältnis zu anderen Kommunen relativ niedrig seien. Die Gemeinde leiste sich eine große Verwaltung, einen Bauhof, wobei er für die beiden zuletzt genannten Organisationen mehr interkommunale Zusammenarbeit fordere. Darüber hinaus habe man mit einer permanenten Unterfinanzierung durch das Land zu kämpfen. Die Gemeinde habe ein großes innerörtliches Straßennetz mit entsprechender Beleuchtung, wobei durch den Austausch der Leuchtkörper eine Stromersparnis von 50 % erreicht werden könne. Viele Straßen müssten grundhaft saniert werden.

Die Gemeinde leiste sich in jedem Ortsteil eine gut ausgestattete Feuerwehr. Auf die Leistungsfähigkeit sei man stolz, jedoch müsse man, auch in Gesprächen mit dem Gemeindebrandinspektor über Veränderungen nachdenken. Die Gemeinde leiste sich 4 Kindergärten und einen weiteren Ausbau der U3-Betreuung. Seine Fraktion sehe das als zukunftsichernde Maßnahmen, die dem demographischen Wandel entgegenwirken sollen. Und die gute geografische Lage der Gemeinde solle hier genutzt werden.

Die Gemeinde leiste sich Bürgerhäuser in fast allen Ortsteilen. Sobald das Nutzungskonzept vorliege, werde man sicherlich über neue Wege nachdenken müssen.

Er frage sich, was leiste sich die Gemeinde nicht?

Zum Beispiel keinen aktiven Hochwasserschutz.

Und zu der Frage, was könne sich die Gemeinde nicht leisten, dazu gehöre für seine Fraktion z.B. die Zeiteninsel, ein nicht sehr innovativen Haushalt, eine Verbesserung der interkommunalen Zusammenarbeit.

Bestrebung seiner Fraktion sei, nicht Empfehlempfänger der Kommunalaufsicht zu sein und sich vorschreiben lassen zu müssen, was man als Parlament zu beschließen habe. Hierdurch sehe er eine Gefährdung der kommunalen Selbstverwaltung. Dazu zähle er z.B. auch die Veränderung bezüglich der Grundlage für die Berechnung der Abwassergebühr, die aufgrund eines Gerichtsurteiles erfolge musste. Für seine Fraktion sei das eine Entmündigung

der kommunalen Parlamente.

Seine Fraktion erwarte daher, dass eine schnellere Konsolidierung des Haushaltes erfolge als es das Konzept fordere.

Frau Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen)

erklärte bereits im Vorfeld, dass sie dem Haushaltsentwurf in dieser Form nicht zustimmen könne, da ein Defizit von 500.000,-- € für ihre Fraktion inakzeptabel sei. Ihre Fraktion könne es nicht verantworten, dass kommenden Generationen diese Schulden übertragen werden. Sie frage sich, wie das abgetragen werden soll, wenn wieder eine Hochzinsphase komme.

Für ihre Fraktion seien die Schwerpunkte in diesem Haushalt falsch gesetzt. Frühkindliche Förderung sei für sie unabdingbar und eine hohe Qualität selbstverständlich. Was sich allerdings die Gemeinde Weimar da leisten wolle, sei nicht in Ordnung. Der Personalschlüssel liege weit über den gesetzlichen Anforderungen.

Das SGB VIII regle das Subsidiaritätsprinzip, was bedeute, dass Träger der öffentlichen Jugendhilfe Vorrang vor den gemeindlichen Einrichtungen hätten. Nach Meinung ihrer Fraktion müsse dafür gesorgt werden, dass die Kindergruppe „Fliegenpilz“ die fachlichen Standards nach den gesetzlichen Vorgaben einhalten könne, was einen zusätzlichen Bedarf von 40.000,-- € ausmache.

Bereits jetzt sei festzustellen, dass der geplante Neubau der Kinderkrippe sich um etwa 50 % verteuern werde. Auch das könne von ihrer Fraktion nicht mitgetragen werden.

Weiter werde von ihrer Fraktion moniert, dass die Gemeinde noch immer keinen geprüften Abschluss einer Jahresrechnung habe, ebenso keine Eröffnungsbilanz.

Zu dem geplanten Projekt Zeiteninsel erklärte Frau Schneider, dass hier selbstverständlich Investitionen für die Gemeinde anstehen werden, aber mittelfristig nach ihrer Meinung eine strukturelle Haushaltskonsolidierung stattfinden werde. Das Anlagevermögen werde erhöht, ebenso die Chancen der Förderung für Handwerk, Gastronomie, Unterkünfte usw., einhergehend mit zusätzlicher Beschäftigung und den Vorteilen für die Gemeinde durch eine Erhöhung der Einkommensteueranteile und der Gewerbesteuer. Ihre Fraktion wolle dieses Projekt mit großem Nachdruck und das müsse entsprechend im Haushalt wiederzufinden sein.

Zu dem Bereich Bürgerhäuser sprach sie die Vereinbarung zu dem zu erstellenden Konzept an und damit natürlich einhergehend, dass zunächst keine Investitionen in diesem Bereich vorgenommen werden sollten. Jetzt fänden scheinbarweise Korrekturen statt. Ihre Fraktion finde das merkwürdig und irritierend.

Für Ihre Fraktion sei das Haushaltskonsolidierungskonzept auch an einigen Punkten nicht realistisch. Eine Verringerung des Defizits bei den Bürgerhäusern sei nach ihrer Meinung illusorisch. Weiterhin sei enthalten, dass die Kindergartengebühren stärker steigen sollen als die geplanten Personalkosten. Vermutlich werde die Kommunalaufsicht das nicht akzeptieren.

Herr Jürgen Rabenau (SPD) erinnerte daran, dass im Haushalt 2013 bei den Investitionen ein Betrag von 135.000,-- € gestrichen wurde. Darüber hinaus seien mehrheitlich bzw. einstimmig Anträge zur Planungsumsetzung und Priorisierung der Eröffnungsbilanz, der archäologischen Zeiteninsel, dem Zustand der Gemeindestraßen und in dem Investitionsbereich Bürgerhäuser verabschiedet worden. Tenor aller Fraktionen sei der Wunsch nach mehr

Transparenz und Klarheit gewesen. Insbesondere sprach er hier die fehlende Darstellung von Haushaltsausgabe- und Einnahmeresten an.

Das Investitionsprogramm zeige schnell, dass die Gemeinde Weimar nach wie vor eine defizitäre Kommune sei. Blicke man weiter ins Detail, stelle man fest, dass den Kritikpunkten zu dem Haushalt 2013 keinerlei Beachtung geschenkt wurde, da keinerlei Schwerpunktbildung zu erkennen sei. So habe der Bürgermeister in seinem Vorbericht zum Haushalt noch die gute Infrastruktur hervorgehoben, die es gelte zu erhalten. Dagegen sehe das Investitionsprogramm gerade mal 55.000,--€ für den allgemeinen Straßenbau vor. Betrachte man dagegen die vorliegende Liste über den Zustand der gemeindlichen Straßen, so stelle man schnell fest, dass dieser Ansatz in keiner Weise ausreiche. Dieser Posten stehe stellvertretend für viele Positionen im Haushalt.

Im Haushalt sei wiederum eine Investition von 35.000,-- € im Bereich der Maschinen und Geräte des Bauhofes zu finden. Im vergangenen Jahr sei dieser Ansatz um 40.000,-- € reduziert worden, da entsprechend den vorliegenden Informationen noch 108.500,-- € Ausgabereste zur Verfügung standen. Im Nachtragshaushalt 2013 stünden hier keine Posten, was darauf schließen lasse, dass man sich aus Haushaltsausgabenresten bedient habe. Insgesamt ergebe das eine Ausgabeermächtigung von 125.000,-- € für 2014. Auf Nachfrage habe man mitgeteilt, dass dieser Betrag für den anzuschaffenden Bagger bereitgestellt werde. Seine Fraktion bezweifle jedoch die Notwendigkeit der Anschaffung und fordere nach wie vor die gemeinsame Anschaffung mit anderen Kommunen. Seine Fraktion fordere auch die Prüfung einer Alternative, wie diese „Baggerleistungen“ zugekauft werden könnten, statt Investitionen selbst zu tätigen. Verantwortlich für diese nicht bezifferbare Leistung liege seiner Meinung nach an dem nicht vorhandenen Produkt- und Leistungskatalog, der Teil der Doppik sei. Dies mache deutlich, dass sich seit dem letzten Jahr nichts getan habe, um die Transparenz im Haushaltsentwurf zu erhöhen. So finde man in dem vorliegenden Haushalt keinen Bezug auf ermächtigte Ausgabe- oder Einnahmereste aus den Vorperioden.

Beispielhaft führe er hier das Investitionsprogramm im Punkt „Straßenbeleuchtung“ bzw. Erweiterung an. Hier seien im Ansatz lediglich 5.500,-- € vorgesehen, jedoch noch 35.000,-- € an ermächtigten Ausgaberesten. Seine Fraktion frage sich daher, warum in diesem Bereich nichts passiert sei und man konkrete Möglichkeiten zur Kostensenkung im Ergebnishaushalt nicht nutze. Seine Fraktion habe sich die Mühe gemacht, die Zahlen in einen Kontext zu bringen. Hätte man bereits im Jahre 2012 auf die Anfrage seiner Fraktion hin mit einem Invest von 123.165,-- € 252 Quecksilberlampen und 113 Natriumdampflampen durch modere LED-Technik ersetzt und die Gemeinde hierfür 45.000,-- € Fördermittel erhalten, hätte man eine Ersparnis von rd. 40.000,-- € an Energie und Wartungskosten verzeichnen können. Das mache eine Summe von 85.000,-- €, welche die Gemeinde in den letzten 2 Jahren verloren habe und in 2015 hätte sich die gesamte Investition amortisiert. Man müsse halt erst einmal investieren, um mittelfristig sparen zu können. So sei in diesem Fall der vorliegende Haushaltsentwurf für seine Fraktion weder zielgerichtet noch nachvollziehbar.

Als weiteren Punkt im vorliegenden Haushaltsentwurf wolle er den Hochwasserschutz ansprechen. So ergeben sich nach dem Haushaltsentwurf ca. 90.000,-- € Haushaltseinnahmereste für die Hochwasserschutzmauer in Argenstein, welche aber aufgrund der verstrichenen Befristung inzwischen obsolet sein dürfte. Hier würden Ausgabereste in Höhe von 28.000,-- € für

allgemeine Maßnahmen und rd. 213.000,-- € für die Schutzmauer in Argenstein beziffert. Allerdings sei noch immer nichts passiert. Seine Fraktion frage sich, wann hier endlich konkrete Maßnahmen zur Bestandssicherung in Angriff genommen würden und wann endlich der elementare Schutz der Bürger der Gemeinde ernst genommen werde.

Aus dem Vorbericht zum Haushaltsentwurf zitiere er, dass alle kommunalen Vertreter persönlich aufgefordert seien, sich für die Konsolidierung mit Engagement insoweit einzubringen, indem sie rationale und vor allem umsetzbare Vorschläge generieren. So könne sich die künftige Leistungsfähigkeit nur durch abzuwägendes konstruktives Vorschlagswesen abbilden.

Insgesamt lägen 36 Anträge, die von der Gemeindevertretung beschlossen wurden, laut Verwaltung in der Bearbeitung. Und in der angeforderten Aufstellung über im Geschäftsgang befindliche Anträge seien 9 Anträge überhaupt nicht erwähnt. Man könne nach Meinung seiner Fraktion dem Parlament nicht vorwerfen, dass sich die Fraktionen nicht oder wenig einbringen. Er finde, dass es inakzeptabel sei, wie hier mit mehrheitlich gefassten Parlamentsbeschlüssen umgegangen werde. Die Dauer der Umsetzung und die Qualität der Kommunikation sei nicht zu akzeptieren. Darin schließe er auch die mangelhafte Kommunikation bei den Beratungen des Haushaltsentwurfes mit ein. Natürlich sehe er auch, wie von dem Bürgermeister im Vorbericht dargestellt, die Schwierigkeit des demografischen Entscheidungsfindungsprozesses, es gelte jedoch, Stellung zu beziehen und vor allem mehrheitlich getroffene Entscheidungen nach außen zu vertreten, auch wenn sie sich vielleicht nicht mit den persönlichen Interessen decken.

Herr Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender CDU) dankte zunächst ebenfalls allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Erstellung der umfangreichen Arbeiten zu diesem Haushalt.

Der vorliegende Haushalt weise einen Fehlbetrag im Ergebnishaushalt in Höhe von 544.060,-- € aus. Dies sei zwar der geringste aller bisherigen doppischen Haushalte, ändere jedoch nichts an der angespannten Finanzsituation der Gemeinde. Dass bei den Beratungen zum Haushaltsentwurf in der letzten HFWA-Sitzung kaum Fragen zu dem vorliegenden Zahlenwerk aufkamen, war sicherlich darin begründet, dass es sich wohl eher um eine Fortschreibung der Zahlen der letzten Haushaltsentwürfe handele. Auch seiner Fraktion fehle nach wie vor die nicht vorhandene Eröffnungsbilanz sowie die dringend notwendige Bewertung des Anlagevermögens, zumal aus dem Herbsterrlass des zuständigen Ministeriums hervorgehe, dass die säumigen Kommunen aufzufordern seien, die Eröffnungsbilanzen umgehend aufzustellen. Weiterhin fehle noch die Berücksichtigung von Leistungsbeziehungen unter den verschiedenen Kostenstellen durch interne Verrechnungssätze, was dem Wunsch nach Klarheit und Übersichtlichkeit geschuldet sei.

Auf die Gemeinde komme die von der Kommunalaufsicht geforderte Anpassung der Gebührensätze zu. Sie habe mitgeteilt, dass bei nicht kostendeckender Gebührenanpassung eine Genehmigung nicht erteilt werde. Da also eine Kostendeckung erreicht werden müsse, sei es für seine Fraktion unverzichtbar, mit klaren und nachvollziehbaren Daten und Zahlen zu arbeiten, um zu einem verlässlichen Ergebnis zu kommen, welches man ja vor den Bürgern verantworten müsse. Ganz aktuell habe man sich hier mit der Anpassung der Friedhofsgebühren zu befassen.

Seine Fraktion habe sich mit Handlungsalternativen beschäftigt. So sei über die geplante Anschaffung eines Baggers für den Bauhof diskutiert worden. Seine

Fraktion erwarte, dass bei geplanten Investitionen dieser Art auch Handlungsalternativen aufgezeigt und kaufmännisch beurteilt werden. So müsse auf die Frage eingegangen werden, welche Möglichkeiten und Kosten entstünden bei Alternativen wie z.B. Ausleihen bei einer Nachbarkommune oder Ausleihe bei kommerziellen Anbietern.

In diesem Jahr sei durch das negative Ergebnis des Haushaltes wieder ein Haushaltssicherungskonzept zu erarbeiten gewesen und der Kommunalaufsicht zur Genehmigung vorzulegen. In diesem Konzept müssen die Ursachen des nicht ausgeglichenen Ergebnishaushaltes beschrieben, das Konsolidierungsziel festgelegt und konkrete Maßnahmen für die Erreichung eines solchen benannt werden.

Die in dem Konzept bezifferten Maßnahmen seien allerdings nur Teilbetrag zur Konsolidierung des Haushaltes. Nach Meinung seiner Fraktion und das habe man in der Vergangenheit mehrfach angesprochen, müsse es oberste Priorität sein, Pflichtaufgaben mit den vorhandenen Mitteln vorrangig zu erfüllen und die freiwilligen Leistungen müssen auf dem Prüfstand, allerdings vor einem sozialverträglichen Hintergrund und einen Kahlschlag dürfe es nicht geben. Um die Einnahmesituation mittelfristig zu verbessern, müsste, wie bereits für die vergangenen Haushalte angeregt, mehr Einkommensteuer- und Gewerbesteueranteile generiert werden, was bedeute, dass Bedarfe zu erkennen und eigene Ressourcen auszuschöpfen seien.

Zum Thema Wohnbau- und Gewerbeflächen vertrete seine Fraktion die Auffassung, dass die vorhandenen Flächen effektiver vermarktet werden müssen, um Interessenten zu finden. Es müssten Ideen entwickelt werden, auch in Zusammenarbeit mit der Hessischen Landesgesellschaft als Vorhabenträger der Kommune oder auch mit anderen neuen Partnern. Die Gemeinde Weimar habe aufgrund der geografischen Lage das Glück, dass Infrastruktur vorhanden sei und Bauplätze bezahlbar seien. So sei der erste Teil des Neubaugebietes in Niederweimar komplett veräußert worden, ebenso fast die Bauplätze im Neubaugebiet Niederwalgern. Eine Erweiterung des Neubaugebietes in Niederweimar sei in Planung und für den OT Niederwalgern sei der Bedarf für die seinerzeit angedachte Erweiterung des Wohnbaugebietes zu eruieren. Nach Meinung seiner Fraktion müsse die Vermarktung der Plätze offensiver beworben werden. Diese Chancen müssten genutzt werden, denn sie böten auch den ansässigen Gewerbetreibenden potentielle Kundschaft.

Für neue Gewerbetreibende seien die in letzter Zeit realisierten Straßenbaumaßnahmen ein nicht zu unterschätzender Standortvorteil. Freie Flächen lägen im Gewerbegebiet Niederwalgern/Wenkbach und im Mischgebiet Roth und seine Fraktion erhoffe sich durch die erfolgreiche Ansiedlung eines regionalen Kreditinstitutes die Ansiedlung weiterer Gewerbebetriebe.

Positiv sehe er in diesem Zusammenhang, dass nach dem Wegzug der Firma Pauly ein neues Unternehmen für diesen Standort gewonnen werden konnte, das im Laufe des Jahres seinen Betrieb aufnehmen wolle.

So seien Gewerbesteuer- und Einkommensteueranteile zu generieren, welches vor dem Hintergrund einer Standort und sozialverträglichen Ansiedlung ??? von Gewerbebetrieben in der Gemeinde wichtiger denn je werde.

Zum Thema Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen seien viele Kontakte mit anderen Kommunen geknüpft und Gespräche über mögliche Kooperationen geführt worden, ohne die die anstehenden Aufgaben und Anforderungen an die Gemeinde nicht zu schultern seien. Leider seien in dem vorliegenden Haushalt die Auswirkungen nicht zu sehen. Durch gemeinsame Nutzung von Ressourcen müssten die Chancen zur Kosteneinsparung genutzt werden. Man müsse den

Mut haben, diesen Weg zu gehen und die Dinge in der Praxis ausprobieren. Als Beispiel nenne er hier die Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Bauhöfen. Er weise hier auf die Diskussion im Haupt- und Finanzausschuss zur kostenintensiven Anschaffung eines Baggers hin.

Zum Thema Zeiteninsel erklärte Herr Kisslinger für seine Fraktion, dass man sich in der Vergangenheit für die Realisierung eingesetzt habe, weil seine Fraktion hinter dem Projekt stehe. In dem zu dieser Sitzung vorliegenden gemeinsame Antrag habe seine Fraktion die Bereitschaft bekräftigt, mit den anderen Partnern den nötigen Investitionszuschuss zu stemmen. Die im Haushalt genannten Zahlen zeigten jedoch kein realistisches Bild der geplanten Kostenbeteiligung, da der Eigenanteil zu 100 % der Gemeinde zugeschlagen wurde. Dieses sei falsch und müsse korrigiert werden. Unabhängig davon stehe seine Fraktion hinter dem Projekt und werde die Realisierung unterstützen. Es gelte, die Gemeinde in allen Belangen zukunftsfähig aufzustellen, um handlungsfähig zu bleiben und um nicht Gefahr zu laufen, von anderen fremdgesteuert zu werden. Seine Fraktion erwarte künftig mehr Zeitgeist und unternehmerisches Denken bei der Aufstellung des Zahlenwerkes.

Herr Christian Fischer (Fraktionsvorsitzender FDP) dankte auch zunächst der Verwaltung für die Erstellung des Haushaltsentwurfes.

Er habe bisher eine Reihe von Haushaltsberatungen miterlebt und vieles, was die Vorredner vorgebracht hätten, sei immer wieder gesagt worden, wie z.B. die Themen Feuerwehr, Bürgerhäuser, Interkommunale Zusammenarbeit, Zeiteninsel

Er stelle sich die Frage, was werde denn hier beraten? Nach Meinung seiner Fraktion sei der vorliegende Haushaltsentwurf mehr oder weniger eine maßvolle Fortschreibung der Vorgängerhaushalte. Einige Problempunkte seien bereits im Zusammenhang mit den Beratungen im HFWA deutlich geworden und bei dem Schlagwort Haushaltsreste wisse jeder, was gemeint sei. Ein möglicher Einstieg in ein offensichtliches Transparenzproblem. Man frage sich, wo stehen noch welche Mittel zur Verfügung? Wurde eingeplantes Geld nicht verwendet? Und welche Summe stehe für eine bestimmte Maßnahme dann wirklich noch bereit? Dies seien Fragen, die wohl kein Gemeindevertreter direkt nachschlagen oder beantworten könne. Dies sei keine wünschenswerte Situation.

Man müsse sich fragen, so Herr Fischer, sei es sachgerecht, neue Mittel einzustellen, wo vorherige Ansätze nicht ausgenutzt wurden? Aber es gehe auch noch um eine andere Transparenz, nämlich die gegenüber dem Bürger. Was sei so ein Haushalt im Idealfall denn anderes als die klare Kommunikation von Ansichten und Präferenzen, auch, um zu zeigen, wo man stehe und in welcher Richtung man gehen wolle. Man frage sich, wo liegen die Schwerpunkte, was solle angepackt werden und was sei einem lieb und teuer, und zwar so lieb, dass man es dem Bürger zumuten könne.

In dieser Gemeindevertretung wurden im vergangenen Jahr richtungsweisende Entscheidungen getroffen. Die konsequente mehrheitliche Beschlusslage im Bereich der Kinderbetreuung sei genauso ein Ausdruck der politischen Willensbildung. Ein klarer Richtungszeig, was der Gemeinde wichtig sei. Klar und deutlich gelte es zu sagen, in was das wenige, das der Gemeinde zur Verfügung stehe, mit Sachverstand und Augenmaß langfristig angelegt werden soll.

Ein solcher Ansatz sei nach seiner Meinung der gemeinsame Antrag der Freien Bürgerliste der SPD und der Liberalen zu dem Thema Zeiteninsel. Er fordere eine klare Richtung und nicht die Fortschreibung nach dem Motto „weiter so“, denn nichts habe ein Haushalt nötiger.

Herr Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender SPD) stellte sodann folgenden gemeinsamen Antrag der Fraktionen von FBW, FDP und SPD zum Haushaltsentwurf 2014 vor:

I.

die nachfolgenden Positionen im **Finanzhaushalt** zu verändern:

Amt 010102 Zentrale Verwaltung, Seite 15: Maschinen und Geräte Bauhof	35.000,-- € streichen
Amt 041001 Heimatpflege, Seite 51: Region Marburger Land um	7.500,-- € kürzen
Amt 060102 Tageseinrichtungen anderer Träger, Seite 70: Kindergarten Niederweimar	50.000, -- € keine Änderung
Die in der Vorlage vom 19.03.2014 vorgeschlagene Ansatzserhöhung wird abgelehnt.	
Amt 100102 Liegenschaften, Seite 110: Bebaute Grundstücke	5.000,-- € streichen
Amt 120101 Gemeindestraßen, Seite 133: Rückbau Ortsdurchfahrten Niederweimar und Oberweimar um	12.500,-- € kürzen.

Begründung: Die Planungen für die Ortsdurchfahrt Niederweimar sind erst 2015 vorgesehen, so dass hier lediglich Investitionsmittel für den Ortsteil Oberweimar vorzusehen sind.

Bei der vorgesehenen Investitionsmaßnahme "Allgemeiner Straßenbau" handelt es sich um reine Sanierungsmaßnahmen, die aus dem Finanzhaushalt herausgenommen und im Ergebnishaushalt abgebildet werden soll. Im Übrigen stehen mit den Verfügungsmitteln aus 2013 in Höhe von 20.000,-- EUR sowie noch vorhandenen Ausgaberesten aus 2012 in Höhe von 53.000,-- EUR weitere Finanzmittel zur Verfügung.

Amt 120101 Gemeindestraßen, Seite 133: Allgemeiner Straßenbau	55.000,-- € streichen
Grundhafte Erneuerung Gemeindestraßen nach Prioritätenliste Einstellen der Haushaltsmittel erfolgt mit Sperrvermerk.	100.000,-- € einstellen
Amt 120102 Straßenbeleuchtung, Seite 138: Erweiterung (LED-Technik) um	44.500,-- € erhöhen
Amt 130201 Öffentliche Gewässer, Seite 150: Bachläufe um	8.000,-- € streichen
Amt 130202 Hochwasserschutz	40.000,-- € einstellen
Amt 130301 Friedhofs- und Bestattungswesen, Seite 155: Friedhofserweiterung Niederweimar	8.000,-- € streichen

II.

Im Bereich des **Stellenplans** beantragen wir die Festlegung einer künftigen Stellenbesetzungssperre.

Davon ausgenommen werden soll der Bereich Kinderbetreuung, da es hier bekanntermaßen zu zahlreichen und teilweise monatlich erfolgenden Anpassungen der Wochenarbeitszeit kommt. Der Bereich Ferienspiele, der mit Honorarkräften realisiert wird, soll ebenso ausgenommen bleiben.

III.

Für die Haushaltssatzung, § 5, Ziff. 1 a) und b); beantragen wir folgende Änderung: Die Hebesätze werden auf 300 v.H. festgelegt und verbleiben damit auf dem bisherigen Niveau.

IV.

Redaktionelle Änderungen beantragen wir für die Bereiche:

1. Vorbericht zum Haushalt 2014, Seite 12:
Die Angaben im Zusammenhang mit Ausgaberesten im Bereich des Hochwasserschutzes in Höhe von insgesamt 240.700,-- EUR herauszunehmen.

Begründung: Die aus den bisherigen Fragestellungen erhaltenen Antworten und die Beratungen im HFWA haben deutlich gemacht, dass die Problematik Haushaltsreste mit der Kommunalaufsicht einer abschließenden Klärung bedarf. Weiterhin wurde über die Antwort zur Sachstandserhebung der noch offenen Beschlüsse der Gemeindevertretung deutlich, dass die wasserrechtliche Genehmigung für die zu sanierende Hochwasserschutzmauer (Kosten 212.700,- - EUR) mittlerweile abgelaufen ist und Fördermittel neu zu beantragen sind.

2. Haushaltssicherungskonzept, 060101 Tageseinrichtungen für Kinder, Seite 6: Der Begriff "maßvoll" ist zu streichen.

Begründung: Eine beabsichtigte Erhöhung der Kindergartengebühren in Höhe von 15 % ist aus subjektiver Betrachtung heraus gesehen mit dem genannten Adjektiv fehlbelegt.

3. Haushaltssicherungskonzept, Seite 6, Ziff. 2, Nr. 2:
Der 2. Satz ist zu streichen.
4. Beschlussempfehlung, Seite 2:
Die Begründung zur Erhöhung des Kassenkreditvolumens ist zu streichen.

Herr Kisslinger (Fraktionsvorsitzender CDU) beantragte eine Sitzungsunterbrechung mit der Begründung, dass man nicht erwarten könne, dass die nicht beteiligten Fraktionen ohne Beratung über den Antrag und die enthaltenen Änderungen der Positionen abstimmen könne. Der Vorsitzende der Gemeindevertretung unterbrach die Sitzung für 15 Minuten.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung schlug Herr Heuser (Fraktionsvorsitzender FBW) vor, bei den Positionen **120102 (Straßenbeleuchtung)** den Betrag von **44.500,-- auf 51.000,-- € zu erhöhen** und bei dem **Amt 130.202 (Hochwasserschutz)** den Betrag von **40.000,-- auf 50.000,-- € zu erhöhen.**

Darüber hinaus solle der auf Seite 3 des Vermerkes der Finanzabteilung vom 19.03.2014 im Finanzhaushalt bezifferte Betrag zur anteiligen Kapitalerhöhung der Energie Marburg-Biedenkopf von **16.800,-- € gestrichen werden**. Im Anschluss daran entspann sich eine sehr kontroverse Diskussion mit Vorhaltungen über schlechten Stil und Unverständnis darüber, warum diese Vorgehensweise nicht gemeinsam mit allen Fraktionen abgesprochen und in der Ausschusssitzung diskutiert wurde, worauf entgegnet wurde, dass dies aus Zeitgründen nicht mehr möglich gewesen sei. Die Diskussion endete damit, dass der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Manfred Möller, erklärte, dass er den Vorsitz des Ausschusses niederlege.

Herr Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) schlug vor, dass aufgrund des Beratungsbedarfs auch die Überweisung an den Ausschuss noch mal überlegt werden sollte, wobei dieses eventuelle Vorgehen nicht weiter verfolgt wurde.

Bürgermeister Eidam betonte nochmals, dass mit allen Fraktionen Absprachen bestünden, Fragen zu stellen, um offene Sachverhalte zu klären. Die Beantwortung der Fragen sei durch die Verwaltung erfolgt. Insoweit von fehlender Transparenz zu sprechen, sei für ihn keinesfalls nachvollziehbar. Er sei davon ausgegangen, dass durch die schriftliche Beantwortung der Fragen sowie der Vorgespräche mit allen Fraktionen Klarheit herbeigeführt worden sei. Umso mehr bedaure er jetzt die Art und Weise dieses Vorgehens, am Sitzungstage diverse Änderungsvorschläge einzubringen. Darüber hinaus gehe er davon aus, dass der Haushaltsentwurf, wenn er so mit den vorgesehenen Änderungen beschlossen werde, keine Genehmigung durch die Kommunalaufsicht erhalten werde, da insbesondere die Nichtanhebung der Grundsteuerhebesätze nicht den Vorgaben der Kommunalaufsicht entspreche und eine solche Anhebung auf 320 % bereits für 2013 von der Kommunalaufsicht erwartet wurde.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt den Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 mit den Bestandteilen des Haushaltsplanes (Gesamthaushalt, Teilhaushalten, Stellenplan, Investitionsprogramm) sowie den Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes mit folgenden Änderungen, die aus der Anlage 1, die dem Originalprotokoll beigelegt ist, ersichtlich sind.

Beratungsergebnis: 13 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen, 6 Stimmenthaltungen

7. Friedhofsordnung;

hier: I. Nachtrag zur Friedhofsordnung vom 07.12.2009

Drucksache: 11/7/2014/11-16

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nicht behandelt.

Beratungsergebnis: Zurückgestellt

8. Gebührenordnung zur Friedhofsordnung;

hier: II. Nachtrag zur Gebührenordnung zur Friedhofsordnung

Drucksache: 11/8/2014/11-16

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nicht behandelt.

Beratungsergebnis: Zurückgestellt

9. Antrag der SPD-Fraktion vom 05.03.2014 bezüglich einer fortlaufend zu führenden Sachstandsdarstellung zum Bearbeitungsstand der Beschlüsse des Gemeindeparlamentes der Gemeinde Weimar (Lahn)

Drucksache: 11/12/2014/11-16

Herr Hintermeier (SPD) stellte den Antrag seiner Fraktion vor:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Gemeindevertretung möge folgenden Beschluss fassen:

Die Verwaltung der Gemeinde Weimar (Lahn) erstellt künftig zu jeder Sitzung der Gemeindevertretung eine Übersicht in Form einer fortlaufend geführten Sachstandsdarstellung über den Bearbeitungsstand der Beschlüsse der Gemeindevertretung. Die Übersicht wird in der jeweiligen Einladung zur Sitzung der Gemeindevertretung als Anlage aufgenommen.

Zur Begründung führte Herr Hintermeier an, dass die Gemeindevertreter bisher auf formelle Anfragen an den Gemeindevorstand angewiesen seien, um Informationen über den Bearbeitungsstand der Beschlüsse zu erhalten. Durch eine fortlaufend geführte Sachstandsdarstellung werde eine höhere Transparenz auch im Sinne der Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung bei der Umsetzung der Beschlüsse des Gemeindeparlamentes hergestellt und insbesondere zeitnah nachvollziehbare Entwicklungen im jeweiligen Bearbeitungsstand darstellbar gemacht. Die Gemeinde Weimar (Lahn) würde sich hierdurch künftig am Kreistag orientieren, deren Mitglieder eine gleichartige Übersicht über Verfahrensstände mit den Sitzungsunterlagen erhalten.

Herr Heuser (Fraktionsvorsitzender FBW) stellte den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt zur Beratung und Festlegung der Vorgehensweise an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den vorstehenden Antrag der SPD-Fraktion zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

Beratungsergebnis: 21 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

10. Anfragen

a) Herr Heuser (Fraktionsvorsitzender FBW) bat, mit Nachdruck bei den Stadtwerken nachzufragen, um Informationen zu dem Thema Stromnetze zu erhalten.

Bürgermeister Eidam erklärte, dass er bereits in der Dezembersitzung 2013 und auch in der Sitzung, die am heutigen Tag stattfand, deutlich gebeten habe um die Terminierung einer Informationsveranstaltung. Der Geschäftsführer, Herr Schüren, habe erklärt, dass in den nächsten 2 bis 3 Monaten ein Termin stattfinden werde, bei dem entsprechende Informationen gegeben werden.

b) Herr Kaletsch (SPD) erklärte, dass nach seiner Information bereits im Januar eine Informationsveranstaltung zu dem Thema „Vorrangflächen Windenergie“ hätte stattfinden sollen.

Bürgermeister Eidam erläuterte, dass das Thema im Augenblick noch

Veränderungen erfahre und ein neuerer Plan zu den Windvorrangflächen Ende April/Anfang Mai 2014 vom Regierungspräsidium vorgelegt werde.

- c) Herr Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) erkundigte sich, ob es bezüglich des Bahnhofes Niederwalgern neuere Informationen gebe.
Bürgermeister Eidam antwortete, dass die DB einen Termin im April 2014 angekündigt habe. Die Bahn beabsichtige Umbauarbeiten am Bahnhof in Niederwalgern, allerdings seien noch keine Details bekannt.
- d) Frau Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) erkundigte sich nach dem Thema „Aufnahme von Flüchtlingen in der Gemeinde“. Bürgermeister Eidam berichtete, dass bereits mehrere Besprechungen in der Kreisverwaltung stattgefunden hätten. Er informierte über den aktuellen Stand und der prognostizierten Zunahme der Flüchtlingszahlen auch im Gemeindegebiet. Die Gemeinde sei bemüht, Unterkünfte zu finden und habe dies auch bereits mehrfach durch Veröffentlichungen im Mitteilungsblatt und persönliche Ansprachen von Wohnungseigentümern versucht. In diesem Zusammenhang gebe es eine Präsentation des Kreises, die er ihr gerne zukommen lasse.

11. Verschiedenes

- a) Frau Klein (FBW) erkundigte sich nach den Formulierungen in dem Entwurf der zu beratenden Friedhofsordnung und wollte wissen, ob die angebotenen Möglichkeiten der Bestattungen auf allen Friedhöfen möglich seien.
Bürgermeister Eidam erklärte, dass darüber natürlich gesprochen werden müsse. Die Möglichkeiten hingen sicherlich auch von der Beschaffenheit der Friedhöfe ab.
- b) Herr Laucht (FBW) bat, den Ältestenrat mit dem Thema des zeitlichen Abstandes zwischen Ausschusssitzung und Gemeindevertretersitzung zu beschäftigen. Oftmals müssten nach den Ausschusssitzungen noch Vorgaben in Vorlagen eingearbeitet werden, was unter Umständen zu zeitlichen Schwierigkeiten führe.
- c) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung verwies auf die kommende Sitzungsrunde:
05.06.2014 Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport
06.06.2014 Ausschuss für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz
07.06.2014 Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss
15.05.2014 Gemeindevertretung.
- d) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung verwies noch einmal auf die am 30. März 2014 im und um das Bürgerhaus Niederweimar stattfindende Gewerbeschau „Frühlingserwachen“ hin und lud alle Anwesenden dazu ein, die Gewerbeschau zu besuchen.

Ende der Sitzung: 22.40 Uhr.

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

Kurt Barth

Rita Rohrbach